

Ökonomischer Blick. Deutschland braucht mehr Arbeitskräfte. Migration kann zur demografischen Transformation beitragen.

Zuwanderung und offene Gesellschaft

VON SILKE ÜBELMESSER

Die Coronapandemie hat viele Länder vor große Herausforderungen gestellt. In Deutschland und andernorts war das Gesundheitssystem an der Belastungsgrenze. Auch die Wirtschaft war von großen Einschnitten betroffen. Gleichzeitig rückten Schwachstellen stärker in das Bewusstsein von Politik und Öffentlichkeit. Beispiele sind der Rückstand bei der Digitalisierung und mangelhafte Infrastruktur. Dazu kommen weitere Herausforderungen, die in den nächsten Jahren entschlossenes Handeln erfordern: Für die neue deutsche Bundesregierung hat das Erreichen der Klimaschutzziele oberste Priorität. Gleichzeitig steckt das Land mitten im demografischen Wandel.

Was die Sache nicht leichter macht: Die Herausforderungen verstärken sich gegenseitig. Investitionen in Zukunftstechnologien kosten Geld. Die Coronapandemie hat die öffentlichen Kassen stark belastet; auch der finanzielle Spielraum für viele Unternehmen ist kleiner geworden. Der Umbau der Wirtschaft hin zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft erfordert jedoch nicht nur ausreichende finanzielle Mittel. Ebenso wichtig sind Fachkräfte. Demografiebedingt kommt es aber bereits jetzt zu Engpässen.

Bildungsinitiativen und eine weitere Erhöhung der Erwerbsbeteiligung ändern nichts an der Demografie, weshalb die Ampelkoalition mehr Einwanderung von Arbeitskräften vorsieht. Zwei Fragen stellen sich dabei: Erstens, wie attraktiv ist Deutschland für Zuwanderer? Für das Migrationsgeschehen in Deutschland kamen 2020 69 Prozent aller Zuwanderer aus europäischen Ländern. Doch auch dort zeigt sich die wirtschaftliche Erholung und zudem altert die Bevölkerung dieser Länder ebenfalls, so dass sich mehr und mehr berufliche Möglichkeiten auf den heimischen Arbeitsmärkten ergeben.

Das führt zur zweiten Frage: Wie offen ist die deutsche Bevölkerung gegenüber Zuwanderern?

Welche Vorbehalte gibt es und wie kann man diesen begegnen?

In mehreren Studien haben wir die Einstellungen gegenüber Zuwanderern in Deutschland untersucht. Wir fragen uns vor allem, ob Vorbehalte von unvollständigen Informationen herrühren und somit bessere Informationen zu einer positiveren und offeneren Sichtweise führen. Repräsentative Befragungen zeigen, dass die Mehrheit der Befragten den Anteil an Ausländern überschätzt und zugleich ihre Arbeitsmarktbeteiligung unterschätzt. Auch den Anteil der Zuwanderer aus Europa geben die Befragten als deutlich zu niedrig an.

Information hilft

Führen mehr Informationen zur Zuwanderung aber zu einer Veränderung der Einstellungen? Ähnlich wie in Studien für die USA finden wir, dass die Gruppe der Befragten, die im Verlauf der Umfrage Informationen erhält, ihre Sicht im Vergleich zu der Gruppe, die diese Informationen nicht erhält, ändert. Die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und die Belastung des Wohlfahrtsstaats werden als weniger stark empfunden. Zudem unterstützen Personen mit Informationen stärker eine Erhöhung der Zuwanderung. Interessant ist dabei, dass die Coronapandemie und die erhöhte wirtschaftliche Unsicherheit keine größeren Vorbehalte zur Folge zu haben scheinen.

Mehr Zuwanderung wird für sich genommen nicht alle Herausforderungen beseitigen, aber sie kann einen Beitrag dazu leisten, die wirtschaftliche und demografische Transformation zu meistern. Voraussetzung ist jedoch, dass die Zuwanderer auf eine offene Gesellschaft treffen.

Silke Übelmesser ist Professorin für Finanzwissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena und Mitglied im Beirat des Stabilitätsrats. Sie forscht vor allem zu wirtschaftspolitischen Fragen rund um Migration, Bildung und Demografie.

Der Beitrag ist eine Kurzversion des aktuellen Beitrags im Blog von „Presse“ und „Nationalökonomischer Gesellschaft“: diepresse.com/oekonomischerblick